

# Offene Worte

Online Nr. 97

Zeitung der LINKEN für den Barnim 31. März 2021, 30. Jahrg.



Matthias Holz und Dominik Rabe, DIE LINKE-Fraktion in Barnim. Foto: Gemski

## Bernau schafft Solidarfonds für Vereine

Die Bernauer Stadtverordneten Dominik Rabe und Matthias Holz haben im Namen der Fraktion rund 140 Vereine in der Stadt angeschrieben und diese gefragt, wie sie durch die Corona-Pandemie kommen. Während es Vereine gab, die bisher keine oder nur geringe Probleme haben, waren es vor allem kleinere Vereine und Selbsthilfegruppen, die kein weiteres „Corona Jahr“ mehr überstehen würden. Darauf folgten unzählige Treffen, Telefonate sowie Mails, um für die Betroffenen eine Lösung zu finden. Diese sollte eine Veränderung der Richtlinien zur Vereinsförderung sein, damit die Vereine unter anderem Unterhaltungskosten erstattet bekommen können. Die Richtlinien zu verändern, lehnten die anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung allerdings ab, weshalb DIE LINKE eine Alternative vorschlug: Rund 50.000 Euro aus den Mitteln zur Vereinsförderung werden corona-bedingt im Jahr 2021 nicht beantragt werden, aus diesen Restmitteln soll nun ein Solidarfonds für Vereine entstehen. Matthias Holz freute sich in der Stadtverordnetenversammlung am 25. März über diesen Kompromiss und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass damit „das vielfältige Bernauer Vereinsleben“ erhalten bleibt.

Heute ist die Papierausgabe der Offenen Worte erschienen. Sie wird mit dem Märkischen Markt in alle Haushalte des Barnim verteilt.

Die nächste Online-Ausgabe gibt's am 18. April, dann wieder mittwochs und sonntags auf [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de) oder auf Facebook: [Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



## Spendenbitte für würdige Beerdigung

Alexander Danilowitsch Bychok, geboren am 26. August 1922, einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, Häftlingsnummer 2216, starb am 27. März. Eine laute Stimme für das Leben und die Solidarität der Völker, gegen Krieg, Barbarei und Rassismus ist verstummt. Sein Leben war gezeichnet von den Erfahrungen im Konzentrationslager Buchenwald, wo er bis zur Befreiung des Lagers überlebte. Er lernte deutsch in diesem Lager, die Sprache der Mörder des Lagers. Viele von uns durften ihn am 27. April 2018 an einem sehr emotionalen Abend in Biesenthal kennenlernen. Unser gemeinsames Vermächtnis: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Der Verein Friedensbrücke organisiert ein würdiges letztes Geleit und bittet um Spenden, da Alexander ohne Angehörige in Armut lebte.

**Spendenkonto:** Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.; IBAN: DE 56 100 900 00 25827 93002  
Verwendungszweck:  
Beerdigung: A.D.Bychok;  
Spendenquittungen sind möglich.

Margitta Mächtig, Biesenthal

## Das Geld liegt erstmal auf Eis

AfD behindert Auszahlung von europäischen Corona-Hilfen

Es ist wohl ein einmaliger Vorgang: Der Bundespräsident unterzeichnet in letzter Instanz Gesetze, am 26. März jedoch hat das Bundesverfassungsgericht ihm verboten, die Zustimmung zum Finanzrahmen der EU in Höhe von 1,8 Billionen Euro bis zum Jahr 2027 zu geben, darunter das Corona-Hilfspaket mit 750 Milliarden Euro. Damit ratifiziert Deutschland diese Verträge vorerst nicht – bis zur Entscheidung des obersten deutschen Gerichtes. Das kann dauern.

Hintergrund ist eine Klage von Bürger:innen rund um AfD-Gründer Bernd Lucke, die eine – aus ihrer Sicht – unzulässige Verschuldung der EU verfassungsrechtlich angreift. Es ist korrekt, dass nach den Verträgen von Lissabon (2009) die EU keine eigenen Kredite aufnehmen darf, jedoch tut dies die Europäische Zentralbank (EZB). Und: Das schließt in Notlagen außerordentliche Maßnahmen ein. Dass die Corona-Pandemie eine Notlage ist, dürfte eigentlich unstrittig sein – außer, man leugnet sie generell.

Nun ist die Situation so: Die EU hat das Haushaltspaket einschließlich Hilfsfonds beschlossen. Um den Corona-Hilfsfonds zu finanzieren, hat die EU einen sogenannten Eigenmittelbeschluss verabschiedet. Dies ist etwas Neues. Bisher finanziert sich die EU zu rund 87 Prozent aus Zuweisungen der Mitgliedsstaaten, zu rund 13 Prozent aus eigenen Einnahmen wie zum Beispiel Zöllen. Nun sollen die Einnahmen durch eigene Steuern wie z.B. eine Plastik-, eine Digital- und eine Finanztransaktionssteuer erhöht werden. Und durch den Eigenmittelbeschluss kann die EU-Kommission nun Geld am Kapitalmarkt akquirieren. Zurückgezahlt werden sollen die 750 Milliarden Euro bis 2058, abgesichert durch Bürgschaften der Mitgliedsstaaten. In Deutschland stimmten Bundestag und Bundesrat zu, die Unterschrift des Bundespräsidenten wurde vom Verfassungsgericht untersagt.

Damit könnten die Corona-Hilfen der EU längere Zeit auf Eis liegen. Denn EU-Kommission und EZB

können erst Kredite aufnehmen und mit der Auszahlung beginnen, wenn alle 27 EU-Staaten den Beschluss ratifiziert haben.

Für den Corona-Wiederaufbaufonds sind 672,5 Milliarden Euro vorgesehen, davon 312,5 Milliarden Zuschüsse, rund 80 Milliarden coronaaerhöht in existierende EU-Fonds, das übrige Geld können sich die Mitgliedsstaaten leihen. Dafür müssen sie nationale Investitionspläne bis 2023 in Brüssel einreichen, für Infrastrukturprojekte, Wirtschaftsförderung oder Gesundheitsausgaben. Deutschland profitiert von den festgelegten Verteilungskriterien, zum Beispiel aufgrund einer niedrigen Arbeitslosenrate vor der Corona-Krise. Dadurch könnte z.B. Italien etwa 84, Frankreich etwa 50, Deutschland rund 47 Milliarden und Griechenland gut 16 Milliarden Euro erhalten – wenn die EU-Beschlüsse in Kraft treten.

Ralf Christoffers, ehemaliger Europa-Minister in Brandenburg

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de)  
**Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten):** DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW  
am 18. April